

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 74. Ratssitzung vom 20. November 2019

1908. 2018/482

**Postulat von Walter Anken (SVP) und Thomas Schwendener (SVP) vom
05.12.2018:**

**Prüfung einer Miete von nahen Gebäuden als Schulraumersatz vor Neu- oder
Erweiterungsbauten von Schulhäusern**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Walter Anken (SVP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 666/2018): Mit dem Postulat bitten wir den Stadtrat, zu prüfen, ob vor einem Neu- oder Erweiterungsbau in der Nähe des Schulhauses ein geeignetes Büro- oder anderes Gebäude als Schulraumersatz für eine gewisse Zeit gemietet werden kann. Der Stadtrat soll mit dem Kanton prüfen, ob er bezüglich der Bauzone eine Ausnahmegewilligung erteilen kann. Die Idee ist, dass eine solche Prüfung analog zur Freihaltezone des Unispitals erfolgt, wo für das Bauprovisorium ebenfalls eine Ausnahmegewilligung erteilt wurde. Wir wissen alle, dass jetzt und in der nächsten Zeit ein massives Wachstum bei den Schülerinnen und Schülern besteht. Wir wissen auch, dass in der Vergangenheit die Schulraumplanung nicht den Stellenwert erhielt, den sie verdiente. Ich erinnere an Gerold Lauber und an verschiedene Voten aus der SVP, die dieses Thema einbrachten. Für die SVP ist klar, dass die verfehlte Schulraumplanung nicht auf Kosten der Schülerinnen und Schüler gehen darf; sie haben das nicht verdient. Wir müssen dafür sorgen, dass ihnen Schulraum in der entsprechenden Qualität angeboten werden kann. Dr. Balz Bürgisser (Grüne) wies mehrmals hier im Rat auf die Probleme der Schulcontainer hin: Sie werden auf Pausenplätze gestellt, brauchen Platz und werden teilweise jahrelang bei den Schulhäusern platziert. Sie kommen nicht weg und man weiss nicht, was mit ihnen geschieht, wenn sie nicht mehr gebraucht werden. Als es um das Schulhaus Hirzenbach ging, rief Walter Angst (AL) den «Kampf um den Boden» aus. Das beeindruckte mich. Andri Silberschmidt (FDP) sagte vor einigen Wochen, dass es viele leerstehende Büroflächen gibt. Wenn sich in der Nähe eines Schulhauses ein Bürogebäude befindet, das vielleicht über Grossraumbüros verfügt, kann es als Ersatzgebäude genutzt werden, indem für eine gewisse Zeit Zwischenwände gezogen werden. So kann relativ schnell Schulraumersatz geschaffen werden. Gebäude müssen nicht erst erstellt werden und es wird weniger gebaut. Die Bauzeit wird massiv verkürzt, wenn es sich um einen Umbau und nicht um einen Ersatzbau handelt. Der Pausenplatz wird allen Schülerinnen und Schülern zur Verfügung stehen. Auch die Schülerinnen und Schüler, die in der Nähe im Ersatzgebäude in den Unterricht gehen, können den Pausenplatz nutzen. Das Ganze entspricht einer Win-win-Situation. Weiterhin entsteht so genügend Zeit für die Renovation des Schulhauses. Wir wissen, dass ein Neubau von der Planung bis zur Realisierung etwa zehn Jahre dauert. Es besteht momentan ein massives Wachstum bei den Schülerinnen und Schülern. Wir bauen Schulhäuser, kommen aber nicht nach, auch*

wenn wir schnell bauen. Wie sinnvoll ist es, wenn Schulhäuser aus dem Boden gestampft werden? Wir können nicht in die weitere Zukunft schauen. Dereinst wird es vielleicht wieder zu einer Abwanderung aus der Stadt kommen, wie das bereits in der Vergangenheit geschah. Wird es in der Zukunft leere Schulhäuser geben, verursachen diese trotzdem hohe Baukosten. Die Textänderung von Ursula Näf (SP) nehmen wir an.

Luca Maggi (Grüne) begründet den namens der Grüne-Fraktion am 19. Dezember 2018 gestellten Ablehnungsantrag: Das vorliegende Postulat besteht aus zwei Forderungen. Die erste Forderung, dass bei einer starken Zunahme von Schülerinnen und Schülern in der Nähe des betroffenen Schulhauses Schulraum für eine beschränkte Zeit gemietet werden kann, unterstützen wir Grünen. So kann sichergestellt werden, dass Sport- und Spielwiesen nicht durch Pavillons zugepflastert werden. Diese Forderung entspricht dem, was wir in der städtischen Schulraumpolitik seit Längerem fordern. Die SVP stellt im Postulat jedoch als zweite Forderung, dass der Stadtrat in Zusammenarbeit mit dem Kanton prüfen soll, ob es eine Möglichkeit gibt, Bauzonen von geeigneten Gebäuden mit einer entsprechenden Ausnahmegewilligung für maximal 15 Jahre analog der Freihaltezone «Unispital» für ein Bauprovisorium zu erteilen. Das ist das Gegenteil von dem, was wir Grünen wollen. Wir wollen, dass Freiräume auch in Zukunft adäquat geschützt werden und in Freihaltezonen nicht immer mehr Provisorien entstehen, die zu «Providurien» werden. Das negative Sahnehäubchen wird in der Begründung aufgesetzt. Wir hören die Mär einer sogenannten verfehlten Zuwanderungspolitik, die bei jedem Problem und bei jeder Herausforderung als Begründung dient. Wäre es der SVP wirklich ernst, würden sie anders argumentieren und politisieren. Wir Grünen begrüßen es jedoch, wenn der Stadtrat auch in Zukunft genau prüft, dass bei einer Zunahme von Schülerinnen und Schülern in der Nähe des betroffenen Schulhauses Schulraumersatz für eine beschränkte Zeit gemietet werden kann.

Weitere Wortmeldungen:

Ursula Näf (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag: Der Vorschlag der Postulanten, Büros und andere Gebäude als Schulraumersatz zu prüfen, gehört bereits zur angewandten Strategie. Das sahen wir beispielsweise beim Schulhaus Kappeli. Die Möglichkeit für solche Anmietungen begrüßen auch wir als SP-Fraktion. Angesichts der stark ansteigenden Zahlen von Schülerinnen und Schülern müssen alle Massnahmen geprüft werden, um genügend Schulraum zur Verfügung stellen zu können. Allerdings wollen wir nicht, dass angemietete Räume anstelle von Neu- und Erweiterungsbauten realisiert werden. Wir erachten es als wichtig, dass die Stadt grundsätzlich den benötigten Schulraum mit eigenen Bauten decken kann. Darum schlagen wir folgende Textänderung vor: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob man bei Schulraum-Engpässen in der Nähe des betroffenen Schulhauses ein geeignetes Büro- oder anderes Gebäude als Schulraumersatz für eine beschränkte Zeit mieten kann. Der Stadtrat soll in Zusammenarbeit mit dem Kanton prüfen, ob es eine Möglichkeit gibt, die Bauzone von geeigneten Gebäuden mit einer entsprechenden Ausnahmegewilligung für maximal 15 Jahre zu erteilen, analog der Freihaltezone «Unispital» für ein Bauprovisorium.»

Yasmine Bourgeois (FDP): Die FDP unterstützt den Vorstoss. Mit dem herrschenden Schulraummangel und dem enormen Schülerzuwachs sind wir froh um jeden Raum, den wir der Schule zur Verfügung stellen können. Wir sind auch froh um jeden Pavillon, den wir dadurch sparen können. Büroräumlichkeiten können wieder gekündet werden, sodass wir in einigen Jahren, wenn das Schülerwachstum wieder zurückgeht, keine halbleeren Schulhäuser haben werden. Es wird nicht immer einfach sein. Das erlebten wir bereits in der Vergangenheit, weil die strengen Vorschriften teilweise eine Umwandlung in Schulräumlichkeiten unnötig verkomplizieren oder verunmöglichen. Wir fordern darum mehr Pragmatismus und Flexibilität. Dass das möglich ist, zeigt das Projekt beim Mürtchenpark, über das der Rat bereits entschied.

Walter Angst (AL) stellt folgenden Textänderungsantrag: So romantisch, wie das Walter Anken (SVP) schilderte – dass angemietet werden kann, ein paar Wände eingezogen und dann ein guter Schulraum entstehen würde – ist es nicht. Am Objekt Mürtchenpark sahen wir, dass es sehr spezielle Bedingungen braucht, damit ein Ergänzungsbürogebäude Sinn macht, das ausserdem in der Nähe einer Schulinfrastruktur liegt. In der Regel werden private Geschäftshäuser nicht den Ansprüchen eines Schulhauses entsprechend gebaut. Dass wir uns grundsätzlich in einer Situation befinden, in der ausserordentliche Massnahmen ergriffen werden müssen, ist selbstverständlich. Darum stimmt die AL dem Postulat mit den Änderungen der SP zu. Wir verstehen, dass die Grünen den letzten Satz ablehnen. Ich halte diese Abklärung auch nicht für den zentralen Punkt. Wir würden darum empfehlen, als Einheitsfront aufzutreten und klare Aufträge zu erteilen, indem der Textänderungsantrag der AL angenommen wird, der vorsieht, den letzten Satz zu streichen. Dass der Stadtrat solche Abklärungen vornehmen soll, sahen wir auch in der letzten Debatte. Wenn Klassenzimmer umgebaut werden müssen und darum der Schulraum vorübergehend transferiert werden muss, dann ist es möglich, eine bessere Lösung zu finden, als überall diese Einzelpavillons auf Sportanlagen zu stellen. Eine Freihaltezone zu nutzen, kann dann sinnvoll sein. Ich glaube, dass dieser Vorstoss ein Anstoss und Ansporn an den Stadtrat sein kann, sich Überlegungen zu machen. Denn das, was jetzt mit den Pavillons und Provisorien weitergezogen wird, funktioniert nicht für die nächsten 15 Jahre. Es müssen andere Lösungen entwickelt werden. Ein Beispiel ist, was der Kanton im Hinblick auf den Umbau der Kantonsschulen macht. Vielleicht kann ein zentrales Provisorium-Gebäude entstehen. Das gibt es bereits in Zürich-Nord mit dem provisorischen Schulhaus Ruggächer. Ich glaube, dass es sehr viel Luft nach oben bezüglich der Kreativität gibt. Letztlich ist dieses Postulat auch ein Auftrag zur Kreativität, damit akute Probleme gelöst werden können. Darum würde ich mich freuen, wenn die SVP auch den zweiten Textänderungsantrag annimmt, damit wir einen gemeinsamen Auftrag dem Stadtrat überweisen.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): 70 Züri-Modular-Pavillons (ZM) stehen heute auf den Pausenplätzen, Sport- und Spielwiesen von Zürcher Schulanlagen. Im nächsten Jahr werden sechs weitere aufgestellt. Neuerdings werden zusätzlich Schulprovisorien für fünf bis zehn Jahre aufgebaut, beispielsweise in Leimbach und Wipkingen. Für uns Grünen ist diese Planung schlecht. Einerseits nimmt jeder Pavillon den Schülerinnen, Schülern und der Quartierbevölkerung einen wichtigen Ort für Spiel und Bewegung weg. Andererseits geht auf diese Weise Grünraum verloren, der für Regenwasserversickerung und

Mikroklimaabkühlung dringend benötigt wird. Das Postulat zeigt einen Weg, wie Pausenplätze und Spielwiesen erhalten werden können. Wenn Schulraum dringend benötigt wird, wird er in einem benachbarten Gebäude gemietet. Selbstverständlich soll das eine zeitlich befristete Übergangslösung sein, bis ein regulärer Schulraum auf einem Schularreal bereitsteht. Dass solche Anmietungen möglich und sinnvoll sind, zeigt das Beispiel der Schule Kappeli im Schulkreis Letzi. Dort waren ursprünglich drei ZM auf der Spiel- und Sportwiese vorgesehen. Die Stadt plant und realisiert jetzt eine bessere Lösung: Sie mietet im nahe gelegenen leerstehenden Bürogebäude Mürtschenpark an und schafft somit Raum für sechzehn Sekundarklassen. Damit ist das Raumproblem der Schule Kappeli für die nächsten zehn Jahre gelöst, ohne dass ZM aufgestellt werden müssen. Die Jugendlichen und die gesamte Quartierbevölkerung sind dafür dankbar. Das Postulat macht sich im ersten Absatz für solche pragmatischen Lösungen stark. Leider können wir den zweiten Absatz des Postulats nicht unterstützen.

Thomas Schwendener (SVP): *In der SK HBD/SE stellte ich in Bezug zu den Provisorien in der Freihaltezone die Frage, ob noch mehr solche Freihaltezonen bestehen. Es gibt noch sieben weitere Freihaltezonen. Wenn Not am Mann ist, wie das beim Universitätsspital der Fall war, sollte man sich nicht quer stellen. Es geht um Leben und Leben erhalten. Nicht jedes Gebäude ist so gebaut, dass es ohne Aufwand als Schulraum genutzt werden kann. Es geht hier jedoch um das Prüfen. Im Nachbargebäude des Verwaltungszentrums Eggbühl werden Büroräume frei – im Zentrum von Oerlikon. Es kann überprüft werden, ob als Übergangslösung das Verwaltungsgebäude erweitert, oder der Raum als Schulraum genutzt werden könnte. Es handelt sich um neuere Gebäude, die bereits über Büromodule verfügen. Wir müssen handeln und nicht stehen bleiben, wenn nicht zusätzliche Baracken auf Pausenplätzen und Spielwiesen entstehen sollen. Um das geht es hier. Der zweite Satz ist eine Bagatelle. Wir werden darum auch den zweiten Textänderungsantrag annehmen.*

Isabel Garcia (GLP): *Die GLP wird dem Postulat zustimmen. Für uns wichtig ist, dass mit diesem Postulat der Auftrag an den Stadtrat erteilt wird, bestehende Liegenschaften zu priorisieren. Das bedeutet eine geringere Anzahl von Pavillons. Es besteht ein enormes Schülerwachstum, das wir ohne andere Methoden nicht in den Griff bekommen. Die politische Kreativität inspiriert; wir befinden uns in einer ausserordentlichen Lage eines solch grossen Bedarfs. Wir können uns darum nicht ausschliesslich in den ausgetretenen Pfaden bewegen. In diesem Sinne wird die GLP der Version des Postulats zustimmen, die mehrheitsfähig ist.*

Walter Anken (SVP): *Die Idee war nicht, dass das Ersatzgebäude für immer bestehen bleiben soll. Es handelt sich um eine vorübergehende Lösung. Wenn das neue Schulhaus gebaut ist, werden die Ersatzräume nicht mehr genutzt. Es geht darum, dass während der Bauphase von zehn Jahren keine Pavillons auf dem Pausenplatz stehen sollen. Das Unsinnige ist, dass immer mehr Schüler immer weniger Pausenplatz haben. Es geht um die Sache. Wir befinden uns in der Weihnachtszeit; ich bin in der Geberlaune. Darum nehme ich den zweiten Textänderungsantrag auch an. Uns geht es um den Schulraumsersatz. Die Schülerinnen und Schüler sollen anständige Schulhäuser haben. Ein Ersatzgebäude kann die Ansprüche eines neuen Schulhauses nicht erfüllen. Ein*

5 / 5

Container stellt auch keine ideale Lösung dar, mit einem Gebäude kann jedoch deutlich mehr gemacht werden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: *Ich nehme das Postulat gerne entgegen: Es rennt offene Türen ein. Wir sind bereits auf diese Weise kreativ unterwegs. Es ist Immobilien Stadt Zürich (IMMO), die den Anstoss für den Mürtschenpark gab. Nicht jedes Bürogebäude eignet sich für eine Schulnutzung. Es ist auch klar, dass wir bestehende Rochadenflächen weinternutzen werden. So kann das Schulhaus Ruggächer weiter in Affoltern gebraucht werden. Aber für den Schulkreis Zürichberg beispielsweise kann es wegen der Schulwege nicht genutzt werden. Der zweite Abschnitt kann entspannt betrachtet werden. Als ich ihn zum ersten las, hatte ich denselben Reflex wie die Grünen: «Es kann nicht sein, dass wir Freihaltezonen vollstellen.» Wenn jedoch Mietlösungen gesucht werden, handelt es sich um Gebäude, die bereits in einer Bauzone, nicht in einer Freizone, stehen. Das Beispiel Universitätsspital ist deshalb nicht glücklich gewählt. Bürogebäude befinden sich bereits in Zonen, in denen Schulräume bestehen können.*

Walter Anken (SVP) ist mit den Textänderungen einverstanden.

Angenommene Textänderungen:

~~Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob vor jedem Neu- oder Erweiterungsbau eines bestehenden Schulhauses wegen der starken Zunahme der Anzahl Schülerinnen und Schüler, nicht man bei Schulraum-Engpässen in der Nähe des betroffenen Schulhauses ein geeignetes Büro- oder anderes Gebäude als Schulraumsersatz für eine beschränkte Zeit mieten kann.~~

~~Der Stadtrat soll in Zusammenarbeit mit dem Kanton prüfen, ob es eine Möglichkeit gibt, die Bauzone von geeigneten Gebäuden mit einer entsprechenden Ausnahmegewilligung für maximal 15 Jahre zu erteilen, analog der Freihaltezone «Unispital» für ein Bauprovisorium.~~

Das geänderte Postulat wird mit 100 gegen 0 Stimmen (bei 13 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat